

Tagungsbericht

Das 40. wissenschaftliche Symposium der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. fand am 13. Oktober 2017 im Hause des Sächsischen Wirtschaftsarchivs in Leipzig statt und widmete sich den Geschäften westlicher Unternehmen in der DDR. Nach einer Begrüßung von WERNER PLUMPE (Frankfurt am Main) und VERONIQUE TÖPEL (Leipzig) begann ANDRÉ STEINER (Potsdam) mit einer Einleitung in das Thema.

Er wies auf den Konflikt der Systeme während des Kalten Krieges hin, welcher „Interaktionsbarrieren“ zwischen den Staaten der beiden Blöcke hervorgebracht habe. Steiner hob die Sonderrolle der DDR hervor, welche sich zwar einerseits von der Bundesrepublik abzugrenzen versuchte, diese allerdings auch stets als „Referenzpunkt“ für die eigene wirtschaftliche Entwicklung betrachtet habe. Das Hauptmotiv der SED-Führung zu Geschäftsbeziehungen mit dem Westen sei der Bezug von Gütern und Technologien, die sich nur aus dem „Nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ beziehen ließen. Darüber hinaus sei man jedoch auch stets daran interessiert gewesen einen Absatzmarkt für DDR-Produkte im Westen zu finden. Wesentlich schwieriger sei es, entsprechende Motive für westliche Unternehmen auszumachen. Vermuten ließe sich, dass diese vor allem daran interessiert waren, Absatzmärkte zu erschließen und Produktionskosten zu senken.

Ein erstes Fallbeispiel gab TOBIAS WUNSCHIK (BStU): Er untersuchte den Konflikt zweier westlicher Unternehmen im innerdeutschen Handel, Richard Karl Lämmerzahl International (RKLI) und Ikea. RKLI sei in den 1960er- und 1970er-Jahren der wichtigste Abnehmer für Möbel aus DDR-Produktion gewesen, und habe 1974 sogar einen Vertrag abschließen können, welcher ihm ein Monopol auf den Verkauf solcher Möbel in der Bundesrepublik gegeben habe. Der als „Salonkommunist“ geltende Geschäftsführer Lämmerzahl habe der DKP nahegestanden und diese auch finanziert. Der Konflikt mit Ikea entstand laut Wunschik dadurch, dass Ikea ebenfalls in der DDR produzierte, und für diese der profitablere Geschäftspartner geworden sei. Daraufhin hätten beide deutsche Staaten versucht, auf die Geschäfte der Unternehmen Einfluss zu nehmen. Während man auf westdeutscher Seite Preisdumping durch günstig hergestellte DDR-Produkte habe verhindern wollen, sei die DDR daran interessiert gewesen, weder auf die Unterstützung der DKP durch Lämmerzahl noch auf die guten Geschäfte mit Ikea verzichten zu müssen. Es entstand einige aus heutiger Sicht widersprüchliche Situation: Während die marktwirtschaftliche Bundesrepublik mit ihrer Sorge um die einheimische Industrie zum „Fürsprecher von Protektionismus“ geworden war und Importbeschränkungen verlangt habe, habe sich die planwirtschaftliche DDR zum „Vorkämpfer des freien Welthandels“ stilisieren können.

SIGRUN LEHNERT (Hamburg) analysierte die Darstellung des innerdeutschen Handels in den Messeberichten der westdeutschen *Wochenschau* sowie des ostdeutschen Äquivalents, dem *Augenzeuge*. Zunächst stellte sie fest, dass sich die Berichterstattung in mehrere Phasen unterteilen lässt: Sei die DDR im *Augenzeuge* zu Beginn der 1950er-Jahre noch als „Tor zum Osten“, propagiert worden, habe man gegen Ende des Jahrzehnts etwa die Beeinträchtigung ostdeutscher Unternehmen in der Bundesrepublik gezeigt. Nach einer Phase der Annäherung in den 1960er-Jahren erkennt Lehnert schließlich ab 1967 eine „Entpolitisierung“ der Messen. Darüber hinaus sei in den Berichten des *Augenzeugen* vorwiegend das Interesse westlicher Unternehmen am Handel mit der DDR dargestellt worden. Abschließend untersuchte Lehnert das „Image“, welches der *Augenzeuge* kreierte: Die fehlerhafte (Deutschland-)Politik der Bundesrepublik sei Ursache der innerdeutschen Handelsbeschränkungen, welche unter anderem durch technischen Fortschritt und verbesserte Produktqualität aufgehoben werden könnten. Auch hier fanden sich somit die eingangs genannten Rahmenbedingungen, die engen Beziehungen der beiden deutschen Staaten sowie die gleichzeitig existierenden „Interaktionsbarrieren“ wieder.

MANFRED GRIEGER (Göttingen) widmete seinen Vortrag dem Verhältnis von Volkswagen zur DDR. Unter Heinrich Nordhoff habe Volkswagen zunächst vergeblich versucht, in der DDR Vertriebsmöglichkeiten aufzubauen, habe jedoch im Zuge des Kalten Krieges eine strikt antikommunistische Haltung angenommen. Dennoch habe es weiterhin Versuche gegeben, Geschäftsbeziehungen zu Ostdeutschland aufzubauen, wobei diese allem auf individuelles Vertrauen zwischen einzelnen Akteuren zurückzuführen seien. So hätten 1975 erste Gespräche zwischen Vertretern von Volkswagen und des DDR-Außenhandelsministerium stattgefunden, die letztlich in einem Vertrag über eine Lieferung von 10.000 VW-Golf nach Ostdeutschland mündeten. Grieger nannte als Motivation für Volkswagen die Möglichkeit, nach einer „existenzbedrohenden Krise“ einen Verkauf in dieser Größenordnung zu tätigen. Weitere Geschäftsvorhaben, bei denen unter anderem in der DDR produziert werden sollte, seien jedoch an Qualitätsmängeln gescheitert.

Anschließend stellte VOLKER HESS (Berlin) ein Projekt vor, bei dem klinische Auftragsstudien westdeutscher Unternehmen in der DDR untersucht wurden. Nach der Teilung Deutschlands habe sich der Großteil der bereits vor dem Krieg bestehenden Pharmaindustrie in Westdeutschland befunden. In der DDR habe man versucht, diesen Mangel durch den Umbau von Chemiefabriken und Austausch mit anderen Ländern des Ostblocks zu beheben, sei aber dennoch gezwungen gewesen, das Sortiment an Arzneimitteln stark zu verkleinern. Hess unterschied drei Phasen: Vor 1964 testeten westliche Unternehmen bereits Arzneimittel in der DDR.

Das 1964 erlassene Arzneimittelgesetz habe eine Instanz zwischen den westdeutschen Unternehmen und den ostdeutschen Ärzten geschaffen. Den Beginn der dritten Phase sah Hess in der Implementierung des ImEx-Programms 1982, welches die klinischen Studien zu einer wichtigen Devisenquelle für Ostdeutsche Krankenhäuser gemacht habe. Insgesamt habe die DDR als Staat mit hohem Standard innerhalb des Ostblocks gegolten. Als Motive für westliche Unternehmen, Studien im Osten durchzuführen, nannte Hess vor allem die zügige Bearbeitung, sowie das auch durch das diktatorische System bedingte Einhalten von Richtlinien. Währenddessen schätzte die DDR neben den bereits erwähnten Devisen den Zugang zu westdeutschen Medikamenten.

ANDREA H. SCHNEIDER-BRAUNBERGER (Frankfurt am Main) vertrat RAINER KARLSCH und präsentierte dessen Untersuchung zum Geschäft zwischen Hoechst/Uhde mit dem Kombinat Chemische Werke Buna 1976. Ziel in der DDR sei es gewesen, das Werk in Buna zum größten PVC-Hersteller des Landes zu machen um die Abhängigkeit des Staates von Importen zu verringern. Hoechst sei seinerseits daran interessiert gewesen, die Handelsbeziehungen zum Ostblock auszubauen. Finanziert worden sei das außerplanmäßige Projekt vor allem durch den Export seiner eigenen Produkte nach Fertigstellung sowie weiterer Erzeugnisse der DDR-Chemieindustrie. Hauptabnehmer sei Hoechst selbst gewesen, womit man vermeiden wollte, dass in Ostdeutschland ein Konkurrent entstand, welcher die gleichen Produkte mit geringeren Arbeitskosten herstellen konnte. Somit finden sich bei diesem Beispiel bereits ähnliche Motive wie bereits zuvor: Der DDR gelang es, westliche Technologien zu erhalten um Produkte auf westlichem Standard herzustellen, während Hoechst durch den Bau der Anlage ein Milliarden-geschäft auf dem ostdeutschen Markt tätigen konnte.

Ein gänzlich anderer Aspekt des Themas wurde von LYSANN GOLDBACH (Berlin) vorgestellt, die zunächst einen Überblick über die Archivbestände der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit Bezug auf die DDR gab. Anschließend rekonstruierte sie daraus die Tätigkeit der KfW während der deutschen Wiedervereinigung: So habe es bereits am 11. November 1989 Gespräche zwischen dem KfW-Vorstand und der Bundesregierung über eine finanzielle Unterstützung der DDR gegeben, in denen ein Entwurf zur Modernisierung der DDR-Wirtschaft erarbeitet wurde. Im folgenden Januar habe es bereits ein konkretes Konzept gegeben, welches laut Goldbach Investitionshilfen für west- und ostdeutsche Unternehmen sowie deutsch-deutsche Gemeinschaftsunternehmen im Umfang von sechs Milliarden Deutsche Mark umfasste. Ziel sei es gewesen, in der DDR einen Mittelstand aufzubauen, im Juni sei ein „Anschubprogramm“ für ostdeutsche Staatsunternehmen gefolgt. Goldbach stellte zusammenfassend fest, dass das

„größte Förderprogramm der deutschen Geschichte“ neben zahlreichen mittelständischen Betrieben auch über fünf Millionen Wohnungen finanziert habe, was fast jeder zweiten Wohnung in Ostdeutschland entspreche.

BARBARA EGGENKÄMPER (München) betrachtete ähnliche Aspekte aus Sicht der Allianz. Auch hier habe man innerhalb weniger Tage auf den Mauerfall mit dem Plan reagiert, die Staatliche DDR-Versicherung aufzukaufen, welche während der Wende „nicht überlebensfähig“ gewesen sei. Nachdem es zunächst zu einer Beteiligung von 49 Prozent gekommen war, habe die Allianz schließlich Ende 1991 die privatisierten Nachfolger der Staatlichen Versicherung übernommen. Darüber hinaus gab Eggenkämper einen detaillierten Einblick in das von der Allianz ebenfalls übernommene Archiv der ehemaligen Staatlichen Versicherung. Der Bestand habe neben einer Bibliothek und diversen Akten aus den Jahren 1970 bis 1990 auch unbearbeitetes Quellenmaterial aus der Zeit 1722 bis 1945 von den Vorgängereinstitutionen der Staatlichen Versicherung in Ostdeutschland umfasst, konnte allerdings nicht vollständig in das Archiv der Allianz übernommen werden.

Die Übernahme der DDR-Staatsunternehmen durch westdeutsche Konzerne fand sich auch im Beitrag von REINHARD FROST (Frankfurt am Main) wieder, der zunächst das Engagement der Deutschen Bank in der DDR skizzierte. Diese habe bis zur Wende nur eine geringe Rolle in Ostdeutschland gespielt, jedoch bereits 1989 begonnen, das eigene Geschäft in der DDR aufzubauen. Dies sei, ähnlich wie bei der Allianz, innerhalb kürzester Zeit erfolgt, wobei die Filialen und Mitarbeiter der DDR-Staatsbank übernommen werden konnten. Frost ging auf das Quellenmaterial der Deutschen Bank bezüglich der DDR ein, wobei dieses sich im Wesentlichen auf die Wiedervereinigung beschränke. Neben Urkunden, Akten und Abbildungen finde sich auch Videomaterial, so zeigte Frost abschließend eine „interne Dokumentation“ zum Geschäftsaufbau in der DDR.